



Presseschau vom 16.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Robert Bridge: US-Wahl 2024: Wie Donald Trump die Apathie der Wähler überwinden will

Trumps Kundgebung im US-Bundesstaat Iowa signalisierte den Wahlkampfauftakt für die Präsidentschaftswahlen 2024. Aber werden die Amerikaner ihm eine zweite Chance geben, mit den "radikalen Sozialisten" aufzuräumen, die dabei sind, die USA zu zerstören? ...

<https://kurz.rt.com/2owz>

de.rt.com: Ausgezaubert: Neuseeland entlässt den letzten staatlichen Magier

Nach einer 23-jährigen Anstellung wurde Ian Brackenbury Channell, der letzte staatlich beauftragte Magier der Welt, vom Stadtrat Christchurch entlassen. Der 88-Jährige zeigte sich mit der Entscheidung unzufrieden und nannte die Beamten "langweilige, alte Bürokraten". ...

<https://kurz.rt.com/2p1n>

Michail Khodarenok: Der neue russische Hyperschall-Marschflugkörper Zirkon wird das Machtgleichgewicht auf See verändern

Das atomgetriebene Angriffs-U-Boot Sewerodwinsk der russischen Marine hat einen zweiten erfolgreichen Teststart des Hyperschall-Marschflugkörpers Zirkon durchgeführt. Aus einer 40 Meter Tauchposition im Weißen Meer heraus erreichte die Rakete Mach 9. ...

<https://kurz.rt.com/2p1b>

Alexander Boos: **Blackrock: „Die unbekannte Weltmacht“ – Was Friedrich Merz und Joe Biden im Verborgenen treiben**

Das neue Buch „BlackRock & Co. enteignen! Auf den Spuren einer unbekanntes Weltmacht“ will aufklären. Darin kritisiert Autor Werner Rügemer, wie solche Kapital-Organisatoren Löhne zurückfahren und Rechte von Arbeitnehmern beschneiden. Im SNA-Interview spricht er auch über die Nähe von CDU-Größen wie Friedrich Merz und Armin Laschet zu Blackrock. ...

<https://snanews.de/20211016/blackrock-die-unbekannte-weltmacht--was-friedrich-merz-und-joe-biden-im-verborgenen-treiben-3978829.html>

de.rt.com: **Beobachten oder eingreifen? Streit um Wahlbeobachter der EU in Venezuela**

Die EU will zu den venezolanischen Regional- und Gemeindewahlen am 12. November Beobachter entsenden; dies wurde im September mit der venezolanischen Wahlkommission vertraglich vereinbart. Aussagen des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell weckten nun Zweifel an der Unparteilichkeit der Mission. ...

<https://kurz.rt.com/2p1q>

Dagmar Henn: **Der Welthungertag und die Heuchelei des Westens**

Im vergangenen Jahr litten 768 Millionen Menschen weltweit Hunger, hundert Millionen mehr als im Vorjahr. Die Ernährungshilfe der Vereinten Nationen sieht die Ursache dieser Zunahme in der Klimaerwärmung und in COVID-19. Aber die Liste der am schwersten betroffenen Länder legt einen weiteren Grund nahe. ...

<https://kurz.rt.com/2p22>

Susan Bonath: **Hochwirksam und sicher? Jeder dritte "COVID-Tote" der letzten vier Wochen war durchgeimpft**

Laut Medienberichten sollen fast nur ungeimpfte Corona-Patienten in deutschen Krankenhäusern liegen. Mit dieser Erzählung wollen Politik, Medien und Interessenvertreter den Ungeimpften die Schuld an einer angeblich drohenden Überlastung des Gesundheitswesens in die Schuhe schieben. Doch die RKI-Daten widersprechen dem. ...

<https://kurz.rt.com/2p1c>

abends/nachts:

de.rt.com: **US-Außenminister Blinken räumt ein: US-Politik ist "gegen Wiederaufbau Syriens" gerichtet**

US-Außenminister Antony Blinken hat am Mittwoch erneut bekräftigt, dass die USA eine Normalisierung der Beziehungen zum syrischen Präsidenten Baschar al-Assad und einen Wiederaufbau des Landes ablehnen. US-Sanktionen verschärfen unter anderem die Lebensmittelknappheit in Syrien.

Am Mittwoch sagte US-Außenminister Antony Blinken, dass die USA den Wiederaufbau Syriens "ablehnen" und keine Versuche der Normalisierung mit der Regierung von Baschar al-Assad unterstützen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinen israelischen und VAE-Kollegen sagte Blinken:

"Was wir nicht getan haben und was wir auch nicht vorhaben, ist, irgendeine Unterstützung für Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen oder eine Rehabilitierung von Herrn Assad zu äußern oder eine einzige Sanktion gegen Syrien aufzuheben oder unsere Position zu ändern, den Wiederaufbau Syriens abzulehnen, solange es keine unumkehrbaren Fortschritte in Richtung einer politischen Lösung gibt, die wir für notwendig und unerlässlich halten."

Trotz Blinkens Beharren, dass die USA nicht mit Assad verhandeln oder den Wiederaufbau Syriens unterstützen werden, solange es keinen Regimewechsel in Damaskus gibt, akzeptieren viele arabische Länder – darunter Jordanien, das im September seine Grenze zu Syrien öffnete – zunehmend, dass Assad nirgendwo hingehet und unternahm Schritte zur Normalisierung der Beziehungen.

Die US-Sanktionen im Rahmen des Caesar-Gesetzes gegen Syrien zielen speziell auf den Energie- und Bausektor ab, um die Fähigkeit des Landes zum Wiederaufbau nach zehn Jahren brutalen Bürgerkriegs zu behindern. Die Sanktionen können jede Person unabhängig von ihrer Nationalität treffen und halten Syriens Nachbarn davon ab, beim Wiederaufbau zu helfen. Zusätzlich zu den Sanktionen unterhalten die USA eine Besatzungstruppe von etwa 900 Soldaten in Ostsyrien und unterstützen die kurdisch geführten Demokratischen Kräfte Syriens in der Region. In diesem Gebiet Syriens befinden sich die meisten Ölfelder des Landes, so dass die US-Präsenz die lebenswichtigen Ressourcen von Damaskus fernhält.

Washingtons Wirtschaftskrieg gegen Syrien verschärft die Lebensmittelknappheit im Land. Nach Angaben der UNO liegt die Zahl der Syrer, die kurz vor dem Hungertod stehen, im Februar bei 12,4 Millionen, das sind 60 Prozent der Bevölkerung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6169c94cb480cc47a707b0bd.jpg>

wpered.su: Die KPRF besteht auf der Anerkennung der Unabhängigkeit der Donezker und der Lugansker Volksrepublik – Dmitrij Nowikow

Die Hauptaufgabe der USA ist es, die wachsende Macht Chinas zu stoppen. In vielem hängt damit die Aufmerksamkeit der amerikanischen Diplomatie gegenüber Moskau zusammen. Diese Auffassung äußerte der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF D.G. Nowikow am 14. Oktober in der Sendung „Die Zeit wird es zeigen“, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Viele Dispute rief der Besuch der stellvertretenden Außenministerin der USA Victoria Nuland in Moskau hervor. Die Gäste der Sendung diskutierten, ob die Verhandlungen mit dem weiteren Schicksal des Donbass und der Ukraine zusammenhängen. Nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPRF setzt Victoria Nuland, die für die Außenpolitik der USA verantwortlich ist, konsequent die Interessen Washingtons um. Und für die USA ist heute das Hauptproblem China und seine wachsende Macht. Er merkte an, dass es in der Führung Russlands Menschen mit unterschiedlichen ideologischen Ansichten gibt. „Bei weitem nicht alle von ihnen sympathisieren mit dem sozialistischen China und dem Osten überhaupt. Sie sehen sich in einer anderen Dimension – in den Strukturen der NATO zum Beispiel. Die Ukraine aber war bei diesen Verhandlungen in Moskau denke ich Wechselgeld. Was den besonderen Status des Donbass betrifft, so laufen sowohl in der Ukraine als auch in Russland Diskussionen dazu. Die KPRF besteht darauf, dass die

Unabhängigkeit der Donezker und der Lugansker Volksrepublik anerkannt wird“, erinnerte Dmitrij Georgijewitsch.

de.rt.com: Europäische Kommission: Russland manipuliert Gaspreise nicht

Die EU-Kommission sieht keinen Anlass, Russland direkt für die steigenden Gaspreise verantwortlich zu machen. Der stellvertretende Vorsitzende der EU-Kommission sagte, dass Russland die langfristigen Verträge über Gaslieferungen an die EU in vollem Umfang einhält. Frans Timmermans, der stellvertretende Leiter der Europäischen Kommission, hat in einem Interview mit dem bulgarischen Fernsehsender bTV mitgeteilt, dass Russland die langfristigen Verträge über Gaslieferungen in die EU in vollem Umfang einhält und den Markt nicht manipuliert.

Er beschrieb die Situation auf dem Gasmarkt als einen perfekten Sturm und wies darauf hin, dass die Nachfrage nach dieser Ressource weltweit gestiegen ist. Timmermans sagte: "Die weltweite Nachfrage nach Gas ist enorm. Es gibt Probleme in China und Russland versucht, auch dorthin so viel Gas wie möglich zu liefern. Es gibt jedoch keinen Grund zu der Annahme, dass Russland den Gasmarkt manipuliert."

Timmermans ging auch auf die Frage einer vorzeitigen Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ein. Ihm zufolge hängt die Genehmigung von Nord Stream 2 vollständig von den deutschen Behörden ab, die sicherstellen wollen, dass der Betrieb sicher ist.

Der stellvertretende Leiter der Europäischen Kommission sagte, Brüssel erwarte, dass die Gaspreise Anfang kommenden Jahres sinken werden. Die Kohleverstromung habe keine Zukunft, aber Erdgas und langfristig auch die Kernenergie hätten viel bessere Aussichten. Am 13. Oktober hatte die Europäische Kommission erklärt, dass der derzeitige Anstieg der Strompreise in erster Linie auf die weltweite Gasnachfrage zurückzuführen ist, die mit der Beschleunigung der wirtschaftlichen Erholung zunimmt. Gleichzeitig, so die EU-Kommission, habe es keine spürbare Zunahme des Angebots gegeben. Die Gaslieferungen aus Russland in die EU seien geringer als erwartet, da Gazprom zwar langfristige Verträge erfülle, aber nur wenig oder keine zusätzlichen Lieferungen anbiete. Die Europäische Kommission stellte fest:

"Durch die verzögerte Wartung der Infrastruktur während der Pandemie wurden auch die Gaslieferungen aus Russland und von anderen Lieferanten eingeschränkt."

Die Gaspreise in Europa begannen im April zu steigen und erreichten im Herbst Rekordhöhen. Am 6. Oktober lag der Preis für 1.000 Kubikmeter Pipelinegas bei über 1,630 Euro. Wenig später gingen die Notierungen allerdings wieder leicht zurück. Einer der Gründe für den Preisanstieg ist die Verknappung der Gasspeicher in Europa, wo die Reserven ein Zehnjahrestief von 75 Prozent erreicht haben, verglichen mit 94 Prozent im vergangenen Jahr.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/61697ba4b480cc096946e313.jpg>

snews.de: **China startet bemanntes Raumschiff zu eigener Raumstation**

Die chinesische Trägerrakete Changzheng-2F mit dem bemannten Raumschiff Shenzhou-13 hat am Freitag mit Kurs auf die im Bau befindliche chinesische Raumstation Tiangong abgehoben.

Der Start erfolgte plangemäß vom Weltraumbahnhof Jiuquan in der Provinz Gansu.

Die Crew setzt sich zusammen aus Zhai Zhigang, der im September 2008 als erster chinesischer Kosmonaut in den freien Weltraum ausgestiegen war, der Kosmonautin Wang Yaping und dem Kosmonauten Ye Guangfu.

Alle drei waren Doubles für die Besatzung des Raumschiffes Shenzhou-12. Letztere war als erste Crew auf der nationalen Raumstation eingesetzt. Die Mission dauerte drei Monate. Die Crew der Shenzhou-13 soll mindestens 180 Tage an Bord der Weltraumstation verbringen.

Der Bau der chinesische Raumstation Tiangong hatte offiziell am 29. April 2021 begonnen, als das Basismodul Tianhe im Orbit erfolgreich angekommen war. Die Bauarbeiten sollen zum Jahr 2022 abgeschlossen werden. An Bord werden sich gleichzeitig drei Personen bzw. sechs Personen bei einem Besatzungswechsel befinden können.

Geplant ist, im Jahr 2022 ein Labormodul mit der Bezeichnung Wentian und das Forschungsmodul Mengtian an die Raumstation anzukoppeln.

Im Jahr 2025 soll das autonome astrophysikalische Modul Siuntian gestartet werden, das periodisch zu Wartungsarbeiten an der Raumstation andocken soll.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0a/0f/3980299_0:119:2361:1447_1920x0_80_0_0_33caf9374288baf2a88be486ace1401e.jpg

de.rt.com: **Kap Verde: Auslieferung von Poklonskaja an Kiew ist ausgeschlossen**

Die ehemalige Generalstaatsanwältin der Republik Krim und Ex-Abgeordnete der Staatsduma, Natalja Poklonskaja, ist zur Botschafterin in Kap Verde ernannt worden. Aus Regierungskreisen des Inselstaats heißt es, eine Auslieferung der Diplomatin an die Ukraine sei ausgeschlossen.

Natalja Poklonskaja, die ehemalige Generalstaatsanwältin der Republik Krim und Ex-Abgeordnete der Staatsduma, ist seit Mittwoch bevollmächtigte Botschafterin Russlands im westafrikanischen Inselstaat Kap Verde.

Ein Mitarbeiter aus dem Außenministerium von Kap Verde teilte der russischen Nachrichtenagentur RIA mit, Kiew habe den Inselstaat wegen Poklonskaja bereits kontaktiert. Eine Auslieferung der Diplomatin sei aber ausgeschlossen. Oleg Nikolenko, der Sprecher des Außenministeriums der Ukraine, hatte schon im Vorfeld erklärt, Kiew werde sich bezüglich der "kriminellen Tätigkeit" der neuen russischen Botschafterin an die afrikanische Republik

wenden. Gegen Poklonskaja war in der Ukraine ein Strafverfahren wegen des Staatsverrats eingeleitet worden.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Marija Sacharowa, wies in diesem Zusammenhang auf die diplomatische Immunität von Poklonskaja hin und schlug Kiew vor, das Recht zuerst auf dem ukrainischen Territorium anzuwenden.

Poklonskaja ist im Jahr 2014 weltbekannt geworden, als sie mit 33 Jahren zur Generalstaatsanwältin der Republik Krim ernannt wurde. Zu dieser Zeit strebte die Krim eine Unabhängigkeit von der Ukraine an. Eine junge Frau in Uniform zog die Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Im Internet gingen Fan-Arts von Poklonskaja als Superheldin im Anime-Stil viral.

Im Jahr 2016 zog Poklonskaja in das russische Parlament, die Staatsduma ein. Als Abgeordnete der Regierungspartei Einiges Russland förderte sie Initiativen zur Bekämpfung von Korruption. Im Juli 2018 stimmte Poklonskaja als einzige Abgeordnete ihrer Fraktion gegen die von der Regierung beabsichtigte, in der Bevölkerung jedoch unpopuläre Reform zur Erhöhung des Rentenalters. In Bezug auf ihre neue Funktion sagte die 41-Jährige, sie habe schon lange von einer diplomatischen Tätigkeit geträumt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/6169beadb480cc480c3ea671.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. Oktober 2021 wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo, Perwomoajsk und Beresowskoje wurden mit Granatwerfern beschossen (57 Granaten).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Globaler Hunger steigt drastisch aufgrund von Krieg, Klimawandel und Corona-Maßnahmen**

Während der langfristige Trend bei der Hungerbekämpfung eher positiv ist, hat sich im vergangenen Jahr die Situation kurzfristig drastisch verschlechtert. Besonders von Kriegen und Konflikten betroffene Länder kämpfen mit grassierendem Hunger.

Parallel zur COVID-19-Pandemie hat sich auch der Hunger weltweit verschärft. Rund 811 Millionen Menschen auf der Welt haben nicht genug zu essen. Im Jahr 2019 waren es noch 690 Millionen Menschen. Somit steigerte sich die Anzahl der Hungernden um etwa 120

Millionen. Das geht aus dem am Donnerstag in Berlin publizierten Welthungerindex 2021 hervor. Dabei seien die Auswirkungen der Pandemie bei der Datenerfassung noch nicht völlig berücksichtigt worden, sodass ein "weiterer Hungeranstieg" zu erwarten sei.

Marlehn Thieme, die Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe, beklagte sich über die Entwicklung:

"Das hat unsere ärgsten Befürchtungen im vergangenen Jahr bestätigt."

Die Staatengemeinschaft sei bezüglich der Hungerbekämpfung "vom Kurs abgekommen" und entferne sich immer weiter von dem eigentlich verbindlichen Ziel, den Hunger weltweit bis 2030 zu besiegen.

Bei der Erstellung des Welthungerindex wurde die Ernährungssituation in 128 Ländern betrachtet. Er bestätige "die deutlichen Rückschritte bei der Hungerbekämpfung".

Zudem zeige der Index, dass 47 Länder bis 2030 voraussichtlich nicht einmal "niedrige Hungerwerte" erreichen können, sollte die aktuelle Entwicklung anhalten. 28 der 47 Länder liegen im Süden der Sahara. In Afghanistan, Somalia, im Südsudan und im Jemen sei die Lage besonders ernst. Somalia erzielte im Index die schlechtesten Werte. Dort sind 60 Prozent der Einwohner von Unterernährung betroffen.

Kriege, Krisen und Klimawandel seien die Hauptverantwortlichen für die Hungersituation:

"Konflikte sind vor allem für Kinder verheerend und treiben Unterernährung und Kindersterblichkeit in die Höhe."

Der Klimawandel verschärfe durch höhere Temperaturen, veränderte Niederschlagsmuster und häufigere Extremwetterereignisse die Ernährungsunsicherheit.

Auch die Pandemie wirke sich auf die Hungersituation aus:

"Die COVID-19-Pandemie hat offengelegt, wie anfällig wir für eine globale Infektionsverbreitung und die damit verbundenen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen sind."

Trotz der global negativen Tendenz der letzten Jahre in Richtung mehr Hunger gelang es 14 Staaten, "signifikante Verbesserungen ihrer jeweiligen Hungersituationen" zu erreichen.

Langfristig betrachtet hat sich die weltweite Lage auch verbessert, wie die Welthungerhilfe schrieb. Lag der Index vor 20 Jahren noch mit 28 Punkten bei "ernst", ist er inzwischen mit 17,9 "mäßig".

Bei der Erstellung des Index werden vier Kriterien berücksichtigt, wie die Organisation auf ihrer Website mitteilte: der prozentuale Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung, die prozentuale Verbreitung von Auszehrung bei Kindern unter fünf Jahren (niedriges Gewicht im Verhältnis zur Körpergröße als Anzeichen auf akute Unterernährung), prozentuale Verbreitung von Wachstumsverzögerung bei Kindern unter fünf Jahren (geringe Körpergröße im Verhältnis zum Alter als Hinweis auf chronische Unterernährung) sowie die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616812d748fbef3c754cb341.jpeg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 15. Oktober 3:00 Uhr bis 16. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Jasinowataja**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feueinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein. Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 6.

de.rt.com: Rund 200 Insassen eines russischen Gefängnisses meutern gegen Wachpersonal

Am Freitag hat sich in einem russischen Gefängnis eine Meuterei ereignet. Um den Aufstand zu unterdrücken, wurden zusätzliche Sicherheitskräfte ins Straflager Nummer 1 in Wladikawkas abkommandiert. Die Behörden vermeldeten zunächst weder Todesopfer noch Verwundete.

In der russischen Teilrepublik Nordossetien-Alanien ist es am Freitagnachmittag zu einer Gefängnismeuterei gekommen. Die Unruhen brachen gegen 15:30 Uhr im Straflager Nummer 1 der Regionalhauptstadt Wladikawkas aus. Einige Medien berichteten zunächst von 600 aufständischen Insassen. Die Behörden widerlegten aber diese Informationen. Demnach gebe es im Gefängnis insgesamt 500 Häftlinge, in den Aufstand seien nur 200 von ihnen verwickelt gewesen. Die Randalierer versuchten, Gitter zu zerstören und machten Überwachungskameras kaputt. Es kam zu einem Brand, der schnell gelöscht werden konnte.

Wie die russische Strafvollzugsbehörde FSIN bekannt gab, hätten sich zwei Insassen des Strafsolators bei einer routinemäßigen Kontrolle geweigert, Aufforderungen des Wachpersonals zu befolgen. Sie hätten danach versucht, die Ordnung im Gefängnis zu destabilisieren, und stachelten andere Häftlinge zu massenhaften Unruhen auf. Laut Medienberichten wurde der Aufstand bis 22 Uhr Ortszeit unterdrückt. Die Behörden vermeldeten weder Todesopfer noch Verwundete. Die Situation sei nun unter Kontrolle. Am Samstag leitete das Ermittlungskomitee der Teilrepublik Nordossetien-Alanien eine Untersuchung ein.

In sozialen Netzwerken tauchten Videos auf, die ein großes Aufgebot an Sicherheitskräften und mehrere Rettungswagen vor dem Gefängnis zeigen. Angehörige warteten vor dem abgesperrten Gelände. Zu sehen waren außerdem weinende Frauen.

Die Meuterei in Wladikawkas ereignete sich vor dem Hintergrund einer laufenden Ermittlung wegen Folter in einem Gefängnis Krankenhaus in der Stadt Saratow. Auf mehreren an die Öffentlichkeit geleakten Aufnahmen waren Vergewaltigungen männlicher Inhaftierter zu sehen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616a7e56b480cc1fab25e3fc.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 16. Oktober um 9:00 Uhr 16.063 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 11.812 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 1820 Todesfälle.

snanews.de: **ESM-Chef: Schuldenobergrenze von 60 Prozent „nicht mehr zeitgemäß“**

Die in der EU vereinbarte Schuldenobergrenze von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung sei „nicht mehr zeitgemäß“ und müsse an das geänderte Umfeld angepasst werden, fordert der Chef des europäischen Rettungsmechanismus ESM, Klaus Regling. Im Gespräch mit dem Magazin „Der Spiegel“ warnt er die EU-Länder, ihre Kreditaufnahme abrupt zurückzufahren. Eine Reform der europäischen Fiskalregeln müsse den Stabilitäts- und Wachstumspakt wirksamer machen, sagte Regling mit Blick auf die entsprechenden Diskussionen in Brüssel und in Berlin. Die Regel, wonach sich die Mitgliedstaaten jährlich mit höchstens drei Prozent der Wirtschaftsleistung verschulden dürfen, habe sich bewährt und sollte beibehalten werden. „Die Schuldenstandsquote von 60 Prozent ist dagegen nicht mehr zeitgemäß und sollte an das geänderte Umfeld angepasst werden“, forderte der ESM-Chef in dem Interview. Die Politiker sollten sich bewusst sein, dass ein Staat „zu viele, aber auch zu wenige Kredite aufnehmen kann“.

„Der Wiederaufbaufonds ist laut EU-Beschluss eine einmalige Angelegenheit für eine schwerwiegende Krise. Das war vernünftig, und dabei sollte es bleiben. Schon deshalb, weil die europäischen Verträge etwas anderes kaum erlauben“, kommentierte er die Forderungen, den Wiederaufbaufonds der EU zu einer Dauereinrichtung zu machen, der weitere Kredite aufnimmt, um die Wirtschaft digitaler und klimafreundlicher zu machen.

Auch wenn die Schulden in Europa steigen würden, sei die Schuldenlast aufgrund des niedrigen Zinses deutlich gesunken. Wenn die Gemeinschaft der Auffassung sei, dass mehr investiert werden solle, gebe es den Haushalt der EU sowie die Möglichkeit, sich national stärker zu verschulden. „Und dann haben wir ja noch die Europäische Investitionsbank (EIB), der eine besondere Rolle zukommt, wenn es um die Förderung privater Zukunftsausgaben geht“, betonte Regling.

Wie er erläuterte, begibt die EIB Anleihen, die von EU-Mitgliedern garantiert werden und deshalb ein AAA-Rating haben. „Ökonomen sprechen von Safe Assets, für die es eine große Nachfrage auf den internationalen Finanzmärkten gibt.“ Ursache seien die wachsenden Ersparnisse in aller Welt und gesetzliche Vorschriften, die Banken und Versicherungen zum Kauf solcher sicheren Anlagen verpflichten.

„Die Europäische Union ist gut beraten, zu einem ausreichenden Angebot an Safe Assets

beizutragen.“ Deshalb sollten die EU-Länder ihre Kreditaufnahme „jedenfalls nicht abrupt zurückfahren“. Anderenfalls stiege die Gefahr, dass die Zinsen noch weiter fallen würden. „Es könnte ein Mangel an sicheren Anlagemöglichkeiten für Investoren entstehen.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/02/01/742924_0:101:1920:1181_1920x0_80_0_0_e6c3065ef2143824c3d0b5f6b547d956.jpg

Mzdnr.ru: Am 15. Oktober wurden in der DVR 1569 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 690 positiv, bei 115 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 16. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 75.545 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

11.719 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 57.969 als gesund entlassen, es gibt 5857 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 399 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, genauso viele wie am vorangegangenen Tag. Davon wurden 190 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3858 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1409 mit Sauerstoffunterstützung (+127 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: IS-Ableger bekennt sich zu Anschlag auf Moschee in Kandahar – Todeszahl steigt auf 63

Eib Ableger der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (auch Daesh; IS) hat sich zu dem am Freitag verübten Selbstmordanschlag in einer schiitischen Moschee in der afghanischen Stadt Kandahar bekannt. Mittlerweile stieg die Zahl der Todesopfer beim Bombenangriff auf 63, die der Toten auf 83. Das teilte eine örtliche Krankenhaus-Quelle mit.

Die Gruppierung „Islamischer Staat“ in der Provinz Chorasán (IS-K) beanspruche die drei jüngsten aufeinanderfolgenden Explosionen während des Freitagsgebets in der Moschee für sich, wie der regionale Ableger der Miliz IS am Freitag in einer Mitteilung auf seinen Telegram-Kanälen erklärte.

Zuvor berichtete die Nachrichtenagentur AFP von 33 Toten und 74 Verletzten bei dem Anschlag.

Der genaue Tathergang ist bisher unklar. Zunächst waren die Sicherheitsbehörden von nur einem Attentäter ausgegangen. Später wurde berichtet, der Anschlag sei von vier Tätern ausgeführt worden, drei davon hätten sich selbst in die Luft gesprengt.

Arif Rahmani, ein Schiit und früheres Mitglied eines afghanischen Regionalparlaments, schrieb auf Twitter, dass es von fünf Selbstmordattentätern drei in die Moschee geschafft und sich nacheinander inmitten von Betenden in die Luft gesprengt hätten. Eine Augenzeugin

schilderte, drei Männer seien ursprünglich in die Tat verwickelt gewesen. Zwei seien in die Moschee eingedrungen, ein dritter sei von einem Wachmann getötet worden. Das geht aus den Angaben der Deutschen Presse-Agentur (DPA) hervor.

Vergangene Woche waren bei einem Selbstmordattentat in einer schiitischen Moschee in der Provinz Kundus ungefähr 100 Menschen getötet worden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/10/3983515_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_499d6f9cef0d880066ab56fac64626cf.jpg

nachmittags:

belta.by: Sokol: Geschichtsfälschung hat praktische Zwecke

Die Prozesse der Geschichtsfälschung, die wir erleben, haben nicht nur einen ideologischen, sondern einen ganz praktischen Zweck, sagte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Weißrusslands, Alexej Sokol, während des 5. Plenums des Zentralkomitees der Partei, teilt BelTA mit.

„In den ehemaligen Ländern des sozialistischen Systems sowie in einer Reihe postsowjetischer Staaten (Georgien, Ukraine, baltische Länder) begann der geisteswissenschaftliche Bereich mit Beginn der so genannten Demokratisierung, rein politische Aufgaben zu erfüllen. Zur Hauptaussage der jüngsten Geschichte wurde schnell die These, dass der Große Vaterländische Krieg zwischen zwei verbrecherischen Systemen ausgetragen worden sei. Das bedeutete, Kommunismus und Nazismus rechtlich gleichzusetzen, also alle sozialistischen Regime für kriminell zu erklären“, so Alexej Sokol. Ihm zufolge half dies, zwei politische Probleme zu lösen. „Zunächst galt es, die Legitimität der in Osteuropa entstandenen neuen Regime zu belegen, die fast überall durch illegale Staatsstriche (manchmal sanft und anderswo blutig wie in Rumänien) und direkte ausländische Interventionen an die Macht kamen. Diese Regime lehren uns aktiv Demokratie, und zweitens wurde für die Zukunft nicht nur eine historische, sondern auch eine rechtliche Grundlage für die Revision der Nachkriegsgrenzen geschaffen, zum Beispiel in Bezug auf die Region West-Belarus, - sagte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Weißrusslands. Zum Beispiel hat Polen zusammen mit Nazi-Deutschland aktiv an der Teilung der Tschechoslowakei beteiligt, und heute sprechen sie offen über die Wiederherstellung des Zweiten Polnisch-Litauischen Commonwealth in den Vorkriegsgrenzen auf Kosten unserer Ländereien, da sie sich selbst als unter „sowjetischer Aggression“ gelitten sehen.“-



https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1634380817_464813_big.jpg

dan-news.info: Einwohner von Donezk kündigten eine unbefristete Protestaktion in der Nähe des OSZE-Hauptquartiers in Donezk an

Am Hotel Park Inn in Donezk, wo das Büro der OSZE sich befindet, wurde ein Zeltdorf errichtet. Seit Freitagmorgen läuft dort eine Protestaktion mit der Forderung, den von ukrainischen Soldaten gefangen genommenen Mitarbeiter der Vertretung der LVR im GZKK freizulassen.

Die Aktion läuft unbefristet so lange, bis der Offizier der LVR Andrej Kosjak freigelassen wird. Es sind etwa 20 Zelte aufgebaut, derzeit nehmen etwa 300 Menschen an der Aktion teil. Am Haupteingang sind Fotos aufgehängt, auf denen die Folgen der Verbrechen der ukrainischen Truppen im Donbass zu sehen sind. Die epidemiologischen Regeln werden eingehalten.

Von der OSZE wird gefordert, sich unverzüglich einzumischen und sich die Freilassung Andrej Kostjaks zu erreichen.

Durch die Aktion wird seit Freitag die Ausfahrt der OSZE vom Parkplatz am Park Inn blockiert.

Die OSZE teilt in einer Erklärung auf ihrer Webseite mit, sie seien nicht unmittelbar Zeugen des Vorfalls gewesen, daher sei er nicht in den Berichten aufgeführt. Dennoch bestätigt sie, dass sich OSZE-Patrouillen an diesem Tag auf beiden Seiten der Kontaktlinie bei Solotoje, wo der Vorfall geschah, aufgehalten haben



https://dan-news.info/storage/c/2021/10/16/1634368229_045988_57.jpg

de.rt.com: **Russland hält die fünftgrößten Gold- und Devisenreserven der Welt**

Die Finanzreserven Russlands verzeichnen neue Rekorde. Laut der Rechnungskammer des Landes wurde dies möglich, indem die russische Zentralbank die Vermögenswerte verwaltete und gleichsam deren Sicherheit, Liquidität und Rentabilität sicherstellte.

Russland hat einen historischen Rekord im Bereich internationaler Finanzreserven aufgestellt. Das Land befindet sich nun mit seinen Vermögenswerten nach China, Japan, der Schweiz und Indien weltweit an fünfter Stelle. Das teilte die russische Rechnungskammer nach einer Prüfung der Gold- und Devisenbestände des Landes mit. In ihrem jüngsten Bericht erklärte die Behörde:

"Das Volumen der internationalen Reserven Russlands überstieg September 618,2 Milliarden US-Dollar. Dies ist ein historischer Rekord, während des gesamten Bestehens der Bank von Russland wurden solche Indikatoren noch nie erreicht. Seit Anfang 2015 ist der Betrag der Reserven um 235 Milliarden US-Dollar gestiegen."

Die Agentur stellte fest, dass Russland in den vergangenen Jahren den Goldanteil an seinen internationalen Reserven deutlich erhöht hat – von 7,8 Prozent Anfang 2014 auf 23,3 Prozent im Dezember 2020.

Zu den Reserven Russlands gehören neben Gold und Devisen auch Sonderziehungsrechte (SZR), ein vom Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgegebenes Reservezahlungsmittel. Dem Bericht zufolge hat sich der Betrag der von Russland gehaltenen SZR ebenfalls im Wert "von 7 Milliarden US-Dollar auf 24,6 Milliarden US-Dollar deutlich erhöht". Zum jüngsten Anstieg der von Russland gehaltenen SZR kam es Ende August, als der IWF die Herausgabe eines Rekordbetrags von 650 Milliarden US-Dollar an Sonderziehungsrechten unter seinen Mitgliedsstaaten bekannt gab. Russland erhielt 18 Milliarden US-Dollar.

Die Rechnungskammer lobte die Arbeit der russischen Zentralbank bei der Verwaltung der Währungsreserven, indem sie deren Sicherheit, Liquidität und Rentabilität sicherstellte. Die Behörde unterbreitete der Zentralbank und der Regierung Vorschläge zur Verbesserung der rechtlichen Regelung des Systems zur Verwaltung der internationalen Finanzreserven des Landes.

Bei den internationalen Reserven Russlands handelt es sich um hochliquide ausländische Vermögenswerte, die der russischen Zentralbank und der Regierung zur Verfügung stehen. Diese bestehen aus Währungsgold, Sonderziehungsrechten (SZR), einer Reserveposition im IWF und Devisenfonds.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/61681a41b480cc545c4fb12e.JPG>

dnronline.su: In Donezk wurde heute ein Denkmal für den Kommandeur des Bataillons Sparta der Volksmiliz der DVR Arsen Pawlow (Motorola) eingeweiht, der am 16. Oktober 2016 in der Folge der Explosion einer Sprengeinrichtung am Eingang des Hauses, wo er wohnte, getötet wurde.



https://dnronline.su/wp-content/uploads/2021/10/Otkrytie_znaka_16.10-39.jpg

snanews.de: **Wegen „aggressiver Schritte“: Polen ruft EU zu Sanktionen gegen Russland auf – Dokument**

Das Polnische Institut für Internationale Beziehungen (PISM) hat der Europäischen Union vorgeschlagen, Sanktionen gegen Russland wegen dessen angeblich aggressiver Politik zu verhängen. In Betracht kamen etwa Maßnahmen im Finanz- oder Energiebereich. Das geht aus dem auf der Seite der Organisation veröffentlichten Grundsatzpapier hervor.

Am Anfang des Berichtes geht es um die sich seit 2014 hinziehende Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland „aufgrund des Vorgehens der russischen Behörden gegenüber der EU und in ihrer Nachbarschaft“.

Verwiesen wird dabei auf die „Krim-Annexion, den Krieg im ukrainischen Donbass sowie auf die Unterhaltung der russischen Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenzregionen und in den besetzten Gebieten“.

„Russland versuchte in einigen Ländern (darunter Deutschland und Frankreich 2017) durch Cyberangriffe und Desinformationsaktivitäten die Wahlergebnisse zu beeinflussen und hat seit

Ausbruch der Covid-19-Pandemie die Organisation von Desinformationskampagnen in der EU intensiviert“, heißt es im Dokument.

„Angesichts der aggressiven Schritte Russlands, die sich sowohl gegen die Länder der Europäischen Union als auch deren Nachbargebiete richten“, solle die EU Optionen für Vergeltungsmaßnahmen „im Falle weiterer feindlicher Aktionen der russischen Behörden“ entwickeln, heißt es weiter.

Laut dem Bericht könnten Beschränkungen im Bank- und Energiesektor am wirksamsten sein.

Gleichzeitig sollte die EU, so das polnische Institut, vor allem die russische Zivilgesellschaft unterstützen und bei der Lösung globaler Probleme im Bereich der Gesundheits- und Klimapolitik mit den russischen Behörden zusammenarbeiten, „wenn diese dies wünschen“. Die Organisation bietet der Europäischen Union unter anderem an, russische Medien und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu subventionieren.

Denkbare Sanktionen im Energiebereich

Trotz der Unmöglichkeit, das Embargo auf Gas- und Öllieferungen anzuwenden – aufgrund der Abhängigkeit von russischen Rohstoffen – könnte die EU auch im Energiebereich Optionen für Finanzsanktionen entwickeln. Sie zielen dem Blatt zufolge darauf ab, die Position russischer Staatsunternehmen im Öl- und Gassektor zu schwächen, die die Einnahmequelle der russischen Regierung und „der mit ihnen verbundenen Oligarchen“ seien. Bisher habe die EU nur wenige Unternehmen aus dem Ölsektor finanziell sanktioniert. Durch eine Koordinierung mit den USA könne die EU langfristige Kredite und den Kauf von Anleihen großer russischer Unternehmen im Gas- und Ölsektor verbieten, wird im Dokument festgestellt.

Dem Blatt zufolge wären mögliche Wirtschaftssanktionen „das wichtigste Instrument des Einflusses“ für die EU auf die russischen Behörden.

Restriktive Maßnahmen wegen des Ukraine-Konflikts

Am Montag hat der Rat der Europäischen Union beschlossen, die Sanktionen wegen „Untergrabung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine“ zu erweitern. Restriktive Maßnahmen gelten nun für acht weitere Richter, Staatsanwälte und Sicherheitsbeamte der Krim, die russisches Recht auf der Krim und in der Stadt Sewastopol durchsetzen. Nun stehen insgesamt 185 Personen und 48 Organisationen auf der Sanktionsliste. Die Restriktionen sehen das Einfrieren von Vermögenswerten auf EU-Gebiet und ein Einreiseverbot in die EU vor.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/10/3985012_0:215:2879:1834_1920x0_80_0_0_e6c66bef5001d8650deca0f2a1a67e05.jpg

**Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 16.10.2021
In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen**

zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Strafruppen der 25. Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus **Jasinowataja** mit 82mm-Mörsern beschossen und sechs Mörsergeschosse abgefeuert.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen eine 122mm-Haubitze D-30 in der Nähe eines Wohngebiets in Kramatorsk stationiert ist.

Die Soldaten der Volksmiliz beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueereinstellung ein und sind bereit auf Befehl des Kommandos adäquat auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Wir stellen weiter Fälle fest, dass Waffen und Munition entdeckt werden, die von ukrainischen Einheiten in der OOS-Zone zum Verkauf innerhalb des Landes vorgesehen sind.

Ein Einwohner von Marjinka hat am Rand der Ortschaft ein Versteck mit Waffen und Munition entdeckt. Vor Ort eingetroffene Mitarbeiter der militärischen Gegenaufklärung des SBU entnahmen dem Versteck fünf AK74-Maschinengewehre, etwa 3000 Patronen dazu und 7 F-1-Granaten. Bei einer zahlenmäßigen Kontrolle wurde vom Raketenantillierewaffendienst des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ festgestellt, dass die entdeckten Waffen und Munition in der 54. Brigade geführt werden und für den Verkauf durch Soldaten einer der Einheiten des Verbandes vorbereitet waren.

Die Brigaden der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone erleiden weiter nicht kampfbedingte Verluste. Dabei verheimlichen die ukrainischen Kommandeure aller Ebenen, die Ermittlungen und Abmahnungen von Seiten des Kommandos fürchten, diese und stellen sie als kampfbedingte Verluste dar.

So gab es am 15. Oktober bei der Ausrüstung einer selbstgebauten Kampfdrohne eine Detonation einer BOG-17-Granate, dabei erlitt ein Soldat des 1. Bataillons der 128. Brigade eine Detonationsverletzung, wobei ihm die rechte Hand abgerissen wurde und er eine Verbrennung zweiten Grades an beiden Augen erlitt.

In den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone ist eine geringe Ausstattung festzustellen, am stärksten ist das Problem in den Einheiten der 58. Brigade. Die ukrainischen Soldaten, die mit den Dienstbedingungen, dem Verhalten der Kommandeure und den systematischen Geldabzügen unzufrieden sind, weigern sich, ihre Verträge zu verlängern.

Die Personalausstattung ist auf 55% abgesunken, mehr als 80 Soldaten haben eigenmächtig den Truppenteil verlassen, derzeit werden Dokumente vorbereitet, um sie wegen Nichteinhaltung der Vertragsbedingungen zu entlassen.

Unter Berücksichtigung der kritischen Situation mit dem Absinken der Gefechtsfähigkeit der Brigaden in der OOS-Zone hat der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte Anweisungen an die Militärkommissariate geschickt, die Agitationsarbeit zur Anwerbung von Bürgern für den Vertragsmilitärdienst zu verstärken.

Außerdem wird in der nächsten Zeit die Einberufung von etwa 450 Offizieren der Reserve auf Funktionen von Zugkommandeuren für ein Jahr erfolgen, um die freien Stellen in den Einheiten in der OOS-Zone zu besetzen.

de.rt.com: **Erfolgreich angedockt: Taikonauten erreichen chinesische Raumstation**

Der als längste Weltraummission Chinas geplante Einsatz von drei Taikonauten hat erfolgreich die nächste Hürde genommen. Am Morgen dockte das Raumschiff "Shenzhou 13" an der chinesischen Raumstation "Tiangong" an. Die Taikonauten – eine Frau und zwei Männer – sollen sechs Monate im All bleiben.

Chinas Taikonauten-Trio hat rund sechseinhalb Stunden nach dem Start die Raumstation "Tiangong" (Himmlicher Palast), die sich noch im Aufbau befindet, erreicht. Wie die

Raumfahrtbehörde Chinas am Samstagmorgen mitteilte, dockte das Raumschiff "Shenzhou 13" mit der Crew problemlos am Kernmodul "Tianhe" (Himmlicher Frieden) an der Raumstation an. Dort sollen die Taikonauten rund sechs Monate leben und arbeiten. Es ist die mit Abstand längste Raumfahrtmission Chinas.

Die drei Taikonauten waren gestern Abend mit einer Rakete vom Typ "Langer Marsch 2F" vom Raumfahrtbahnhof Jiuquan am Rande der Wüste Gobi abgehoben. Kommandiert wird die Mission vom 55-jährigen Taikonauten Zhai Zhigang, der bereits im Jahr 2008 als erster Chinese einen Weltraumspaziergang absolvierte. Begleitet wird er von dem 41-jährigen Militärpiloten Ye Guangfu und der 41-jährigen Militärpilotin Wang Yaping. Sie ist die zweite chinesische Raumfahrer überhaupt und die erste Frau auf der chinesischen Raumstation. Geplant ist, dass sie als erste chinesische Frau einen Weltraumspaziergang absolvieren soll. Nach ihrer Ankunft auf der Raumstation äußerten sich die drei Taikonauten in einem Video-Livestream. Wang betonte dabei:

"Wir werden miteinander kooperieren, sorgfältig Manöver durchführen und versuchen, alle Aufgaben dieser Erforschungsrunde des Universums erfolgreich zu bewältigen."

Kommandeur Zhai betonte, dass die Crew insgesamt drei "komplexe" Weltraumspaziergänge unternehmen soll, um Ausrüstung für den Ausbau der Raumstation zu installieren. Darüber hinaus sollen weitere wissenschaftliche Experimente durchgeführt und die Systeme des Kernmoduls "Tianhe" auf dem Langzeitflug getestet werden.

Im September hatte China seine erste bemannte Mission auf der neuen Raumstation abgeschlossen. Das Team dieser Mission war drei Monate im All. Das Kernmodul "Tianhe" war erst im April in die Erdumlaufbahn gebracht worden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/616abec8b480cc7d311db5ce.jpg>

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden fünf Verletzungen des zweiten Punktes des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Troizkoje und Popasnaja aus dreimal **Kalinowo** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Kämpfer der 57. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Orechowo aus **Perwomajsk** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Verbrecher der 17. Panzerbrigade, die Aufgaben im Rahmen der 57. Brigade ausführen, von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Beresowskoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

snanews.de: **Vize-Premier: Energiekrise in Europa nicht ausgeschlossen – Russland zu Dialog bereit**

Der russische Vize-Premier Alexander Nowak hat eine erneute Energiekrise in Europa als durchaus möglich bezeichnet. Vor diesem Hintergrund zeigt sich Russland gegenüber den europäischen Ländern verhandlungsbereit. Zugleich findet der Politiker die Haltung der Ukraine, die das Gas auf Umwegen und nicht bei Russland einkauft, etwas befremdlich. „Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich eine solche Situation wiederholt“, sagte der für Energiefragen zuständige Vize-Regierungschef am Samstag im Staatsfernsehen. Er rief deshalb die interessierten Seiten in der EU zu Verhandlungen auf.

„Wir sind zu einem Dialog bereit, darüber hat auch der russische Präsident gesprochen, wir sind bereit, uns mit unseren europäischen Partnern (an den Verhandlungstisch – Anm. d. Red.) zu setzen.“

Russland hatte weitere Lieferungen in Aussicht gestellt. Es gebe aber keine Anfragen dazu, erklärte Nowak.

Seinen Angaben zufolge fehlen in den europäischen Speichern rund 25 Millionen Kubikmeter Gas und dagegen sollte etwas unternommen werden. Die Energiegroßmacht hatte zuletzt mehrfach eine Verantwortung für die gestiegenen Preise dementiert.

Russland erfülle seine Vertragsverpflichtungen vollständig, sagte Nowak. Die Lieferungen an die Weltmärkte seien im Vergleich zum Vorjahr sogar um 15 Prozent erhöht worden. Russland selbst habe 2021 so viel Gas verbraucht wie lange nicht mehr. Nowak führte das auf den kalten Winter und die Erholung der Wirtschaft zurück.

Haltung, „als wäre ihnen jemand etwas schuldig“

Ferner warf Nowak der Ukraine eine „Schmarotzer-Position“ in der Gas-Frage vor:

„Sie verhalten sich, als wäre ihnen jemand ständig etwas schuldig. Russland schuldet etwas, Europa tut es, die Vereinigten Staaten tun es – eine Schmarotzer-Haltung pur (...).“

Das Land tut aus Nowaks Sicht so, als wäre jeder verpflichtet, sein (das ukrainische – Anm. d. Red.) Gastransportsystem zu nutzen, um Gas nach Europa zu liefern.

In diesem Zusammenhang zeigte sich Nowak verwundert darüber, dass die Ukraine nicht direkt bei Russland Gas einkauft – und dadurch Geld spart:

„Da stellt sich die Frage, warum Sie Gas nicht direkt aus Russland beziehen, genau dasselbe Gas, das Sie während des Transits entnehmen, und dementsprechend 20 bis 30 Prozent mehr dafür zahlen“, sagte der stellvertretende Premierminister.

Die Ukraine kauft seit November 2015 kein Gas mehr direkt von Russland. Stattdessen pumpt es Brennstoff in seine Speicher, der durch das sogenannte virtuelle Reverse-Flow-Regime gewonnen wird. Tatsächlich ermöglicht diese Regelung Kiew, russisches Gas aus Transitvolumen nach Europa zu beziehen.

Der Vertrag über den Transit von russischem Gas durch die Ukraine gilt bis Ende 2024.

Gleichzeitig besteht Kiew auf der Unterzeichnung eines neuen langfristigen Abkommens, da es nicht zwei Milliarden Dollar pro Jahr verlieren will. Russische Vertreter haben wiederholt erklärt, dass sie bereit seien, den Transit durch die Ukraine weiter fortzusetzen.

Dieses Problem sollte aber auf der Grundlage der wirtschaftlichen Machbarkeit und des technischen Zustandes des ukrainischen Gastransportsystems gelöst werden.

Pipeline Nord Stream 2 fertiggestellt

Zuletzt hatte Russlands Staatschef Wladimir Putin für eine rasche Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 geworben, die Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland bringen soll. Die Lieferungen über diesen Weg würden zu einer Entspannung auf dem aufgeheizten Gasmarkt führen.

Die Pipeline ist zwar fertiggestellt, die Betriebsgenehmigung der deutschen Behörden steht aber aus.

Am 4. Oktober hat die Befüllung des ersten Strangs der Nord Stream 2-Pipeline mit Gas

begonnen. Die Leitung wird nun schrittweise mit Gas befüllt und der notwendige Druck aufgebaut.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/02/11/940529_0:15:3160:1793_1920x0_80_0_0_ca2fd669222770332bf31d811c38444d.jpg